

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Andreas Flocken

**03.06.2017 /19.20-19.50 Uhr**  
**04.06.2017 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Unsicherheitsfaktor Trump – Ende der Wertegemeinschaft mit den USA?
- Schwächen statt stärken – Der Umgang der US-Regierung mit den Vereinten Nationen
- Mehr Geld für die Bundeswehr – Goldene Zeiten für die Rüstungsindustrie?
- Verbot von Atomwaffen – ohne Auswirkungen auf Nuklearmächte?

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Und das sind unsere Themen:

- Schwächen statt stärken - Der Umgang der US-Regierung mit den Vereinten Nationen
- Anstieg der Verteidigungsausgaben – Goldene Zeiten für die Rüstungsindustrie? Und:
- Verbot von Atomwaffen – ohne Auswirkungen auf die Nuklearmächte?

Beginnen wollen wir jedoch mit dem G7- und dem NATO-Gipfel in der vergangenen Woche.

Die Treffen haben die tiefe Kluft zwischen US-Präsident Trump und den anderen westlichen Staaten deutlich gemacht. Offenbar hat jetzt auch die sonst eher geduldige Bundeskanzlerin die Hoffnung aufgegeben, mit den USA könne man eine Politik verfolgen, die auf gemeinsamen Werten und Idealen basiert. Am

vergangenen Wochenende redete Angela Merkel auf einer Parteiveranstaltung Klartext:

#### O-Ton Merkel

„Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“

Und der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz geht sogar noch einen Schritt weiter. Für ihn sind die USA unter dem neuen Präsidenten praktisch kein Partner mehr:

#### O-Ton Schulz

„Herr Trump - der der Zerstörer aller westlichen Werte ist, wie wir ihn in dieser Form noch nie erlebt haben, eine Zerstörungsstrategie dessen, was europäische Werte sind: Toleranz, Respekt, Zusammenarbeit - übrigens auch zwischen Völkern - auf der Grundlage von gegenseitiger Toleranz und Respekt. Man muss sich einem solchen Mann mit seiner Aufrüstungs-Ideologie in den Weg stellen.“

Trump hatte die Staats- und Regierungschefs mit seinen Auftritten beim NATO-Treffen in Brüssel und auf dem G7-Gipfel in Taormina verstört – und das bereits vor seiner Ankündigung, aus dem Klimaschutzabkommen auszusteigen. Die Bündnispartner hatten geglaubt, sie seien Trump entgegengekommen - u.a. mit der NATO-Beteiligung an der Koalition gegen die Terrororganisation Islamischer Staat. Ein Irrtum. Donald Trump rempelte sich in Brüssel buchstäblich in den Mittelpunkt. Er bekannte sich nicht, wie von den Bündnismitgliedern erhofft, zu der Beistandsverpflichtung, die er zeitweise in Frage gestellt hatte. Nein. Stattdessen pochte Trump rigoros auf die vereinbarte Erhöhung der Verteidigungsausgaben und las den angetretenen Regierungschefs die Leviten. Die nahmen die Botschaft des US-Präsidenten mit versteinerner Miene zu Kenntnis:

#### O-Ton Trump

„NATO-members must finally contribute their fair share and meet their financial obligations (...) And many of these nations owe massive amounts of money from past years and not paying in those past years.“

Die NATO-Mitglieder müssten endlich ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen. Viele schuldeten den USA immense Summen.

Bereits absehbar ist allerdings, dass das vor drei Jahren beschlossene 2 Prozent-Ziel nicht von allen NATO-Mitgliedern umgesetzt wird. Auch Deutschland wird dazugehören. Denn ein Anstieg der Verteidigungsausgaben von zurzeit jährlich 37 Milliarden auf künftig rund 70 Milliarden Euro ist politisch nicht durchsetzbar.

Die transatlantischen Beziehungen sind in einer schweren Krise. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft mehr. Unter dem sprunghaften US-Präsidenten entwickelt sich das Bündnis zu einer bloßen Interessengemeinschaft. So wird die NATO keine Zukunft haben.

Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

Zu unserem nächsten Thema.

Der US-Präsident hält nichts von multilateralen Organisationen. Das gilt auch für die Vereinten Nationen. Statt die UN angesichts der weltweiten Herausforderungen zu stärken, zielt die US-Politik letztlich darauf ab, die Vereinten Nationen zu schwächen. Hören Sie aus New York Georg Schwarte:

### Manuskript Georg Schwarte

#### O-Ton Haley

„Good Morning.“

Es war der erste schwungvolle Gruß des neuen amerikanischen Gesichts bei den Vereinten Nationen: Nikki Haley. Die UN-Botschafterin, Stimme von Donald Trump bei der Weltgemeinschaft. Sie steht vor dem Saal des Sicherheitsrates und wünscht den Journalisten einen guten Morgen. Aber selbst dieser erste Gruß ließ damals ahnen, dass die USA alles hier bei den Vereinten Nationen ändern wollen: Und mit dem „Guten Morgen“ fing es eben an:

### O-Ton Haley

„Good Morning. Good morning!“

Ihr Blick damals auf die vor ihr stehenden Journalisten sagte: Na also. Geht doch. Und es folgte dann, was langjährigen UN-Diplomaten die Gesichtszüge entgleiten ließ. Die unverhohlene Ankündigung, zu reformieren was geht, aber zu demolieren was nicht mehr funktioniert bei den Vereinten Nationen:

### O-Ton Haley (overvoice)

„Alles was funktioniert, machen wir besser. Was nicht funktioniert, reparieren wir, was wir nicht brauchen, schmeißen wir auf den Müll.“

Neun Sekunden lang - das Motto der Trump-Regierung für den Umgang mit dem Apparat namens Vereinte Nationen. Und für die restlichen 193 Mitgliedsstaaten dieser Weltgemeinschaft folgte, was manche als unverschämte Drohung einer Weltmacht verstanden: Das Ziel der USA - laut Haley - die Unterstützung der Alliierten zu erhalten und auch sie im Gegenzug zu unterstützen. Wer aber die USA nicht unterstütze, dessen Name wandere auf eine Liste:

### O-Ton Haley

„We have the backs of our allies and make sure, that our allies have our back as well. For those they don't have our back, we are taking names.“

We are taking names. Der erste Auftritt der neuen US-Botschafterin in New York. Einer mit Ausrufezeichen. Beim neuen UN-Generalsekretär Antonio Guterres schrillten alle Alarmglocken. Für ihn, für jeden Chef der Weltgemeinschaft, ist das Verhältnis zu den USA jenes, das bisher stets über Wohl und Wehe für eine erfolgreiche UN-Arbeit entschieden hat:

### O-Ton Hoge (overvoice)

„Ob wir es mögen oder nicht, für den Generalsekretär ist das Verhältnis zu den USA das Allerwichtigste.“

Warren Hoge, vom International Peace Institute hat acht US-Botschafter bei den Vereinten Nationen kommen und gehen sehen. 30 Jahre war er zuvor Korrespondent für die New York Times. Er kennt Kofi Annan, ist befreundet mit Antonio Guterres und sagt, der habe als Reaktion auf das amerikanische AI-

phatier-Gehabe umgehend eine wenig versteckte Botschaft an die USA versendet. Motto:

O-Ton Hoge (overvoice)

„Wenn ein Land sich zurückzieht, übernimmt eben ein anderes seinen Platz. Zum Beispiel China.“

Richard Gowan ist Professor an der New York University, UN-Experte und sagt, schon jetzt, wenige Monate nach Amtsantritt von Präsident Donald Trump, schauten sich viele Länder um, wer bei den Vereinten Nationen künftig die Stelle der USA ausfüllen könnte:

O-Ton Gowan (overvoice)

„Viele schauen auf China und fragen sich, ob Peking statt Washington ein vertrauenswürdigerer Anführer des UN-Systems sein könnte.“

China statt Washington? Was noch wenige Monate früher unter Präsident Obama skurril geklungen hätte, heute reden die Diplomaten offen darüber. Denn es ist auch der Ton aus Washington, der viele verstört. Und Nikki Haley, die charmante Ex-Gouverneurin aus den amerikanischen Südstaaten, als UN-Diplomatin kommt sie in den ersten Tagen seltsam undiplomatisch daher:

O-Ton Haley

„We will do fairly with the people, who are fair with us. If not, all that's her off.“

Man gehe fair mit allen um, die fair zu den USA seien. Alle anderen, so die Botschaft, sollten sich warm anziehen. Es ist nicht das erste Mal, dass sich die Temperatur zwischen einer Regierung in Washington und den UN dem Nullpunkt nähert. George W. Bush und dessen Irak-Krieg lassen grüßen. Aber das Tempo dieses Mal ist atemberaubend.

O-Ton Gowan

„Der Kern der Trump-Administration inklusive des Präsidenten misstrauen instinktiv internationaler Kooperation.“

Multilateralismus, der Ansatz zu kooperieren, gemeinsam zu handeln, für Donald Trump eine Schwäche. Und es war seine UN-Botschafterin in New York, die wenige Stunden, bevor dieser Präsident Trump unilateral handelte, einen

Raketenangriff auf einen syrischen Luftwaffenstützpunkt anordnete, genau diesen Alleingang der Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ankündigte:

O-Ton Haley (overvoice)

„Wenn die Vereinten Nationen immer wieder scheitern, zusammen zu handeln, dann gibt es Zeiten, in denen Staaten allein handeln müssen.“

Für Professor Gowan war der Raketenangriff auf Syrien auch eine Botschaft der USA an die UN: Motto. „Wir handeln allein, auch ohne einen Sicherheitsratsbeschluss“:

O-Ton Gowan

„Through the strikes Trump send very clear message, which is, that he will not be restraint by the security council.“

Dass der US-Präsident im April nicht einmal wartete, bis Russland sein dann achttes Veto eingelegt hatte, um Sanktionen gegen Syrien wegen des Chemiewaffeneinsatzes zu blockieren - für Professor Gowan hat es auch mit Trumps Persönlichkeit zu tun. Trump könne sich schlicht nicht so lange auf eine Sache konzentrieren:

O-Ton Gowan

„I don't think that Trump really has the attentions ... frankly to go through some of those diplomatic games.“

Derzeit jedenfalls konzentriert sich dieser Präsident gerade auf das Geld, das seiner Ansicht nach zu üppig aus Washington nach New York an die Vereinten Nationen fließt. Das alles soll und wird sich ändern. Der jetzt vorgelegte Haushaltsentwurf sieht massive Einsparungen vor. Einsparungen, die manche als Kahlschlag interpretieren. Der Sprecher von UN-Generalsekretär Guterres, Stephane Dujarric, sagt offen, wenn das alles so käme, könnten die UN ihre Arbeit nicht mehr erfüllen:

O-Ton Dujarric

„Looking at the budget as it's proposed now, will make it simply impossible for the UN to continue all of it's essential work advancing peace, development, human rights and humanitarian assistant around the world.“

Mit rund 28 Prozent des Gesamtbudgets, beispielsweise für die weltweiten Blauhelmissionen, schultern die USA bisher den mit Abstand größten Anteil am Gesamtbudget von 7,9 Milliarden Dollar. Auch beim regulären UN-Haushalt, der für 2016 und 2017 bei rund 5,4 Milliarden Dollar liegt, sind die USA mit 22 Prozent größter Beitragszahler. Bisher. Trump hatte im Wahlkampf versprochen, all das zu ändern. Und seine UN-Botschafterin Nikki Haley assistiert: Sie spricht von den fettgewordenen Vereinten Nationen, träge, bürokratisch - jeder wisse doch, sagt sie, dass es Fett gebe, das weggeschnitten werden könne:

#### O-Ton Haley

„There are places we can cut. Everybody knows, there is fat at the UN. Everybody knows, there is fat in the peacekeeping-missions.“

So groß ist die Angst unter den Diplomaten der Welt, die USA könnten die UN schlicht finanziell austrocknen wollen, dass die EU-Außenbeauftragte Mogherini sich unlängst im Sicherheitsrat offen an die US-Botschafterin Haley und die gesamte Trump-Administration wandte, um beiden eindringlich zu erklären, wie wichtig es sei, in Frieden und Humanitäre Hilfe zu investieren:

#### O-Ton Mogherini (overvoice)

„Die UN-Agenturen zu finanzieren ist mindestens so wichtig für Frieden und Sicherheit, wie Geld für Verteidigung. Und manchmal sogar wichtiger.“

Es war der bisher deutlichste Fingerzeig der europäischen Verbündeten, hier bei den UN die USA an ihre Verantwortung zu erinnern. Verantwortung, die Trumps Vorgänger Obama finanziell stets still akzeptiert hatte, sagt der UN-Experte Gowan:

#### O-Ton Gowan (overvoice)

„Die Obama-Administration hat stets geglaubt, das sind gute Investitionen und sie haben sie oft sehr still geleistet. Die Trump-Regierung sieht das genau entgegengesetzt und will Gelder für multilaterale Hilfe kappen.“

Präsident Trump hat aus seiner Verachtung gegenüber den UN zumindest per Twitter keinen Hehl gemacht. Sie hätten großes Potenzial, seien derzeit aber nur ein Club, dessen Mitglieder redeten und sich eine nette Zeit machten. Und in den Ohren aller UN-Diplomaten klingt noch nach, was Nikki Haley den Geg-

nen der USA zurief - hier, in der Zentrale der Vereinten Nationen: zieht euch warm an.

#### O-Ton Haley

„We will do fairly with the people, who are fair with us. If not, all that's her off.“

\* \* \*

#### Flocken

Ein Bericht von Georg Schwarte.

Jahrelang musste die Bundeswehr finanziell kürzer treten. Das hat sich inzwischen geändert. Die Verteidigungsausgaben steigen, wenn auch noch nicht so, wie sich das der US-Präsident wünschen würde. Es steht also mehr Geld für die Ausrüstung und deren Modernisierung zu Verfügung. Jahrelang klagte die Rüstungsindustrie über zu wenig Aufträge. Gibt es jetzt eine Wende? Stehen die deutschen Rüstungshersteller vor goldenen Zeiten? Diesen Fragen ist Björn Müller nachgegangen.

#### Manuskript Björn Müller

Die Bundeswehr braucht langfristig mehr Geld. Angesichts der Material- und Ausrüstungsmängel der Truppe müssten Milliarden investiert werden, so ist es immer wieder zu hören. Solche Forderungen hat sich Ursula von der Leyen schon seit einiger Zeit zu eigen gemacht. Die CDU-Politikerin im vergangenen Jahr am Rande einer Sitzung des Verteidigungsausschusses:

#### O-Ton von der Leyen

„Wenn wir den Blick nach vorne werfen, was wir brauchen. Dann zeigt sich eine Rechnung über die nächsten 15 Jahre, die ein Gesamtvolumen von 130 Milliarden Euro umfasst, das wir insgesamt für militärische Beschaffung brauchen.“

130 Milliarden – ein großer Batzen Geld. Steht die deutsche Rüstungsindustrie nun also vor goldenen Jahren? Klar ist: Material und Gerät der Bundeswehr müssen modernisiert werden. Zudem gilt es, „hohle Strukturen“ zu beseitigen. Darüber hinaus sollen die Streitkräfte materiell aufwachsen. Vorgesehen ist das im sogenannten „Bühler-Papier“, benannt nach dem Chef der Planungs-



Abteilung im Verteidigungsministerium, Heeresgeneral Erhard Bühler. Sein Strategiepapier zeigt auf, wie sich die Militärplaner die Bundeswehr im Jahr 2032 vorstellen. Über die zentralen Aussagen des Papiers berichtete vor einigen Wochen die Frankfurter Allgemeine Zeitung. So soll es zum Beispiel in der Bundeswehr künftig nicht mehr nur vier Artilleriebataillone geben, sondern vierzehn. Das hieße hunderte Artilleriegeschütze und Raketenwerfer mehr. Die Luftwaffe soll erstmals schwere Transporthubschrauber erhalten, und die Marine wieder den Seekrieg aus der Luft führen können. Steht die deutsche Rüstungsindustrie also vor neuen Großaufträgen?

Der Rüstungsexperte Michael Brzoska vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bezweifelt das:

#### O-Ton Brzoska

„Ich glaube, goldene Zeiten oder fette Jahre werden wir nicht erwarten können. Das liegt zum einen daran, dass ein Gutteil der zusätzlichen Mittel nicht der deutschen Rüstungsindustrie zu gute kommen wird, sondern eher in den USA ausgegeben wird – aus zwei Gründen. Erstens, weil doch der technische Vorsprung in vielen Bereichen der US-amerikanischen Rüstungsindustrie es nahe legt, dort zu kaufen und zum Zweiten natürlich, weil man damit auch die Worte von Donald Trump, dass mehr gemacht werden muss und gleichzeitig, dass man den Exportüberschuss Deutschlands abbauen muss, gleichzeitig bekämpfen kann, indem man eben Waffen aus den USA kauft.“

Die USA sind bei der Luftwaffen-Rüstung besser aufgestellt als Deutschland und Europa. Nicht zuletzt, weil Airbus die Probleme mit dem neuen Transporter A400M nicht in den Griff bekommt, darf die US-Rüstungsfirma Lockheed Martin auf ein Zusatzgeschäft hoffen. Denn die Bundeswehr will sechs Hercules-Transportflieger kaufen, weil der A400M nicht auf kurzen Pisten starten kann. Einen schweren Transporthubschrauber, den die Bundeswehr von der Stange kaufen möchte, hat Airbus nicht im Portfolio. Um den Auftrag werden wohl die US-Hersteller Boeing und Sikorsky konkurrieren. Airbus wäre höchstens bei der Wartung wieder dabei. Geht es um Kampfflugzeuge, haben die USA mit der F35 bereits eine Maschine neuesten Typs am Markt. Ein modernes Kampfflugzeug müssten die Europäer erst noch entwickeln. Auch im für die Cyber-Abwehr immer wichtiger werdenden Bereich IT-Technologie gibt es kaum deutsche Anbieter. Selbst beim Marineschiffbau können die deutschen

Werften auf Dauer nicht auf regelmäßige Großaufträge hoffen – so sieht es jedenfalls der Rüstungsexperte Michael Brzoska:

#### O-Ton Brzoska

„Sicherlich, wenn man das, was da im Bühler-Papier drin steht für die Marine umsetzt, wird es auch für die Werften mehr Aufträge geben. Aber ich denke, die Bundesregierung wird dann versuchen, das einzubauen in eine größere Strategie der Europäisierung oder vielleicht sogar darüber hinaus.“

Der nächste große Brocken der Marinerüstung, ein Auftrag für vier Mehrzweckkampfschiffe für zusammen mehr als 500 Millionen Euro ab 2023, wurde europaweit ausgeschrieben. Später will die Marine zwei Versorgungs- und Kommandoschiffe in Kooperation mit europäischen Partnern beschaffen. Das heißt in der Perspektive: Deutschlands Werften wie Blohm & Voss werden Aufträge wohl zunehmend mit Konkurrenten teilen müssen.

Bei den Landsystemen, also gepanzerten Fahrzeugen und anderen Waffensystemen für das Heer, sind Deutschlands Rüstungsunternehmen dagegen klarer Hauptprofiteur künftiger Bundeswehrinvestitionen – davon ist jedenfalls Georg Wilhelm Adamowitsch fest überzeugt. Er ist Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie:

#### O-Ton Adamowitsch

„Wenn Sie einmal sehen – das ‚Bühler-Papier‘ mit der Idee, dass die Bundeswehr wieder drei schwere Divisionen haben muss, wird zwangsläufig dazu führen, dass die mit uns darüber verhandeln müssen, im Grunde genommen, weil das deutsche Heer im Wesentlichen im Ausrüstungsbedarf auf Produkte unserer Unternehmen abgestellt ist, und es keinen Sinn macht, wenn Sie jetzt, ich sage mal, mit dem europäischen Wettbewerb verhandeln würden.“

Es werden also „schwere Divisionen“ angestrebt, das heißt, die Bundeswehr will ihre Heeres-Verbände mit weiteren schweren Waffen wie Kampfpanzern und gepanzerten Fahrzeugen ausstatten. Profitieren würden davon sicherlich vor allem Deutschlands Geschütz- bzw. Panzerbauer, Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann – KMW – nebst Zulieferfirmen. Krauss-Maffei Wegmann produziert für die Bundeswehr den Kampfpanzer Leopard. Der Schützenpanzer Puma sowie der Truppentransporter Boxer werden von KMW und Rheinmetall gemeinsam gebaut. Nach Angaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat

die Bundeswehr einen Bedarf von 700 Boxer-Fahrzeugen. Unberücksichtigt sind dabei die zusätzlichen Transporter im Falle eines Aufwuchses der Streitkräfte. Zudem droht den deutschen Landsystem-Herstellern keine Konkurrenz aus den USA, glaubt zumindest Georg Wilhelm Adamowitsch vom Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie:

#### O-Ton Adamowitsch

„Da werden wir auch nicht in eine Wettbewerbssituation mit den Amerikanern kommen. Weil es hier um die Frage geht, wer hat überhaupt noch die industriellen Fähigkeiten, im Grunde genommen, um auf entsprechende Anforderungen von Streitkräften zu reagieren. Wenn Sie das einmal am Panzerbau sehen. Nach meiner Beurteilung gibt es nur noch drei Länder, die heute aktuell Panzer bauen können: Das ist Russland, das ist Frankreich und das ist Deutschland. In den Vereinigten Staaten ist seit 25 Jahren kein Panzer mehr gebaut worden.“

Doch dass die Bundeswehr schon demnächst die Zahl ihrer Panzer massiv aufstockt, ist keineswegs sicher. Denn die im „Bühler-Papier“ umrissenen Rüstungspläne sind Wünsche der Militärs. Sie basieren auf NATO-Anforderungen. Dass sie eins zu eins umgesetzt werden, ist unwahrscheinlich. Hinzu kommt: Es wird wohl noch Jahre dauern, bis die Bundeswehr entscheidet, welche neuen Waffensysteme sie anstrebt. Für ein neues Artilleriesystem gibt es seit 2013 eine Konzeptgruppe mit den Franzosen, ohne dass bisher Entscheidendes passiert wäre. Weiter gibt es in der Politik Widerstand gegen die Rüstungspläne. Zum Beispiel von Tobias Lindner, der für die Grünen sowohl im Haushalts- als auch im Verteidigungsausschuss sitzt: Für ihn sind größere Panzerheere selbst im Konflikt mit Russland nicht die Lösung. Gefragt sei vor allem High-Tech:

#### O-Ton Lindner

„Zum Beispiel so ein Konflikt wie die Ostukraine, wo man sich fragt, wer bricht das Minsker-Abkommen? Wer liefert wem Waffen? Eine klassische Antwort darauf ist, mehr in Aufklärungstechnik zu gehen. Also beispielsweise in Aufklärungsdrohnen und andere Dinge. Da kann Deutschland manches, kann einiges, aber mit Sicherheit nicht alles. Und da wird es eher um wenige Systeme gehen, die technisch sehr ausgereift sind. Und deswegen kann ich die Panzerindustrie vor allem nur vor Euphorie warnen.“

Die deutsche Rüstungsindustrie wird zwar unter dem Strich von dem Anstieg der Verteidigungsausgaben profitieren. Anders als von manchen in der Branche erwartet, wird es die ganz großen Profite aber wohl nicht geben.

\* \* \*

### Flocken

Björn Müller berichtete.

In diesem Monat kommen in New York Vertreter von rund 130 Staaten zu einer weiteren Verhandlungsrunde zusammen, um über Wege zur Ächtung der Atomwaffen zu beraten. Es gibt bereits einen Vertragsentwurf – und es ist nicht ausgeschlossen, dass er noch in diesem Sommer verabschiedet wird. Allerdings gegen den Willen der Atomwaffen-Staaten. Denn die boykottieren die Verhandlungen. Hat vor diesem Hintergrund die angestrebte Vereinbarung überhaupt einen Sinn? Jerry Sommer weiß mehr:

### Manuskript Jerry Sommer

In dem Vertragsentwurf für ein Verbot von Atomwaffen wird an die katastrophalen humanitären Folgen eines Einsatzes dieser Massenvernichtungswaffen erinnert. Und weiter heißt es – Zitat -: „Jeder Gebrauch von Nuklearwaffen würde im Widerspruch stehen zum Völkerrecht.“

In dem Entwurf verpflichten sich alle Unterzeichnerstaaten, keine Atomwaffen zu entwickeln, zu produzieren, zu testen, zu erwerben bzw. zu besitzen oder andere Länder bei solchen Aktivitäten zu unterstützen.

Über 130 Staaten haben sich bisher für einen Atomwaffenverbotsvertrag ausgesprochen. Vieles spricht dafür, dass die jetzt anstehende Verhandlungsrunde im kommenden Monat erfolgreich abgeschlossen wird. Allerdings: Die neun Atomkräfte sind an den Verhandlungen nicht beteiligt – es fehlen also die USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien, Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea. Ein Verbotsvertrag wird für diese Staaten deshalb rechtlich nicht

bindend sein, sagt der Nuklearexperte Giorgio Franceschini von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ HSFK:

#### O-Ton Franceschini

„Eine Atommacht wird höchstwahrscheinlich diesem Vertrag nicht beitreten und wird deshalb nicht völkerrechtlich belangt werden können, wenn sie Kernwaffen herstellt, transportiert und anderes unternimmt, was der Vertrag verbieten möchte. Er ist völkerrechtlich bindend nur für diejenigen Staaten, die aus freien Stücken entscheiden, diesem Vertrag beizutreten.“

Trotzdem haben die Atomwaffenstaaten sich vehement gegen einen Verbotvertrag ausgesprochen. Wie die Bundesregierung lehnen ihn auch die meisten anderen Bündnispartner der USA ab. Sie beteiligen sich daher nicht an den Verhandlungen. Die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, organisierte im März zu Beginn der Vertragsverhandlungen im New Yorker UN-Gebäude sogar eine Protest-Presskonferenz unmittelbar vor den Türen der Konferenz. Eine sehr ungewöhnliche Aktion, meint Beatrice Fihn von der Internationalen Kampagne für ein Atomwaffenverbot – einer Nichtregierungsorganisation, die sich seit Jahren für eine Ächtung der Atomwaffen einsetzt:

#### O-Ton Fihn (overvoice)

„Es war schon etwas komisch, dass die mächtigsten Staaten der Welt draußen vor dem Sitzungssaal protestierten, während der Rest der Welt drinnen mit den Verhandlungen begann. Normalerweise ist das ja umgekehrt. Das zeigt, dass die Atommächte erkannt haben, dass dieser Vertrag Wirkung haben wird, auch wenn sie ihm nicht beitreten. Sonst würden sie sich die Mühe sparen, dagegen zu protestieren“.

Die Atommächte und ihre Bündnispartner befürchten, dass sich durch einen Verbotvertrag das internationale Meinungsklima stärker gegen ihre Sicherheitspolitik wenden könnte, die sich gegenwärtig ja auf Atomwaffen stützt - als sogenannte „letzte Sicherheit“. Aber genau das erhoffen sich die Befürworter eines Verbotvertrages: Eine weitere politische Delegitimierung von Atomwaffen und der Abschreckungslogik - auch wenn juristisch eine Ächtung dieser Waffen für die Atommächte zunächst keine unmittelbare Folgen hätte. Beatrice Fihn:

### O-Ton Fihn (overvoice)

„Ein Vertrag, der Atomwaffen verbietet, wird eine sehr starke Botschaft an die Nuklearmächte und die ganze Welt sein, dass diese Waffen nicht akzeptabel sind. Und wenn der Vertrag in Kraft tritt, dann müssen die Atommächte Position dazu beziehen, dass die Mehrheit der Welt diese Waffen für illegal hält. Dadurch wird sich am Ende letztlich auch das Verhalten der Nuklearstaaten verändern“.

Hintergrund der internationalen Bewegung für einen Atomwaffenverbotsvertrag ist, dass sehr viele Staaten unzufrieden sind, dass die Atommächte bisher nicht entsprechend ihrer Verpflichtung im Atomwaffensperrvertrag deutliche Schritte in Richtung einer totalen Abschaffung der Nuklearwaffen unternommen haben. Im Gegenteil. Gegenwärtig sind alle Atommächte dabei, ihre Nuklearwaffen zu modernisieren. Dabei wird auch auf atomare Systeme gesetzt, die weniger als Abschreckungswaffen dienen, sondern vor allem als Kriegsführungswaffen einsetzbar sind. Heute gibt es noch immer etwa 15.000 Atomsprengköpfe – genug, um die Welt gleich mehrfach zu zerstören. Obwohl über neunzig Prozent davon im Besitz der USA und Russlands sind, finden seit Jahren zwischen diesen beiden Ländern keine Verhandlungen mehr über weitere Abrüstungsschritte statt. Ein Verbotsvertrag werde daran wohl unmittelbar nichts ändern, sagt der Rüstungsforscher Giorgio Franceschini:

### O-Ton Franceschini

„Natürlich kann man erst einmal sagen, die Atommächte, die gerade dabei sind, ihre Atomwaffen zu modernisieren, werden sich nicht beeindrucken lassen. Allerdings könnte es sein, dass über Zeit sich gewisse Dinge verändern könnten. Es könnte einige Atommächte zu einer gewissen Zurückhaltung verleiten, was Doktrinen betrifft, was auch nukleares Auftrumpfen betrifft.“

Ein Argument, dass die Atommächte wie auch die Bundesregierung gegen eine Nuklearwaffen-Ächtung ins Feld führen, ist, dass eine solche Vereinbarung den 1970 in Kraft getretenen Nichtweiterverbreitungsvertrag schwächen würde. Dieses Abkommen, das oft auch Atomwaffensperrvertrag bezeichnet wird, gilt als die zentrale Grundlage für alle Bemühungen, die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern und eine vollständige atomare Abrüstung zu erreichen. Diese Sorge ist von den Atommächten möglicherweise aber nur vorgeschoben. Denn in dem vorliegenden Entwurf für einen Verbotsvertrag wird die „entscheidende Bedeutung“ des Nichtweiterverbreitungsvertrages aus-

drücklich hervorgehoben. Bekräftigt wird zudem, dass die darin eingegangenen Verpflichtungen weiterhin auch für alle Staaten gültig bleiben, die dem Verbotvertrag beitreten. Insofern wird der Nichtweiterverbreitungsvertrag durch ein Atomwaffenverbot eher gestärkt als geschwächt. Das glaubt auch Alicia Sanders-Zakre von der „Arms Control Association“ in Washington:

O-Ton Sanders (overvoice)

„Es ist ein wichtiger Schritt, um bei der nuklearen Abrüstung voranzukommen. Es ist aber nicht der einzige Schritt. Wenn der Verbotvertrag vereinbart ist, werden zusätzliche Bemühungen notwendig sein, um die Nuklearwaffenstaaten einzubeziehen und eine wirkliche Verringerung von Atomwaffen zu erreichen.“

Von den EU-Staaten werden wohl zumindest Irland, Österreich und Zypern dem Vertrag beitreten. An den Verhandlungen beteiligten sich bisher auch die Niederlande - als einziges NATO-Mitglied. Im Parlament in Den Haag hat es für die Teilnahme an den Verhandlungen eine Mehrheit gegeben, obwohl die Regierung dies abgelehnt hat. Es bleibt abzuwarten, ob es im niederländischen Parlament auch eine Mehrheit für einen Beitritt zu einem Verbotvertrag geben wird. Dann müssten die circa 20 in den Niederlanden stationierten US-Atomwaffen abgezogen werden. Die Folge: Eine Diskussion in der NATO über die nukleare Abschreckungsdoktrin wäre unumgänglich.

Doch selbst wenn die Atommächte und ihre Alliierten - zumindest vorerst – einem Verbotvertrag nicht beitreten: Entsprechend dem Entwurf werden die Unterzeichnerstaaten alle zwei Jahre zusammenkommen, um über die Umsetzung des Abkommens sowie über weitere nukleare Abrüstungsschritte zu beraten. Damit wird im Rahmen der UN ein weiteres internationales Forum geschaffen, mit dem der Druck auf die Nuklearmächte erhöht werden könnte.

Indirekt könnte eine vereinbarte Ächtung von Atomwaffen damit auch direkte Abrüstungsschritte ermöglichen. Entsprechende Gespräche sind für die US-Rüstungsexpertin Alicia Sanders-Zakre überfällig:

### O-Ton Sanders (overvoice)

„Dialoge sind besonders wichtig. Und die fehlen gegenwärtig sowohl beim Atomstreit zwischen den USA und Nordkorea wie auch zwischen den USA und Russland. Der Verbotsvertrag könnte die Nuklearmächte dazu anstoßen, Verhandlungen über eine Reduzierung nuklearer Waffensysteme zu beginnen.“

Trotzdem: Ein Atomwaffenverbotsvertrag, dem die Nuklearmächte und ein Großteil der NATO-Verbündeten nicht beitreten, wird kurzfristig vermutlich nur eine eher symbolische Bedeutung haben.

\* \* \*

### Flocken

Soweit Jerry Sommer. Den Vertragsentwurf finden sie übrigens auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte) – und dort unter der Rubrik: Ausgewählte Dokumente.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Am 7. und 8. Juli treffen sich in Hamburg Staats- und Regierungschefs zum G20-Gipfel. Aus diesem Anlass veranstaltet die Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr zusammen mit NDR Info eine Podiumsdiskussion. „Weltordnung im Umbruch – Recht des Stärkeren statt Völkerrecht?“, so lautet der Titel. Wenn Sie am 22. Juni dabei sein wollen: Melden Sie sich an - auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

Dort können Sie sich auch diese Sendung als Podcast herunterladen. Außerdem können Sie dort den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.